

Flüchtlingshilfe ohne Kontrolle

Mangelnde Transparenz, zu geringe Mittel: Österreichs Flüchtlingsauslandshilfe bleibt kläglich

FAKTECHECK:
NINA BRNADA

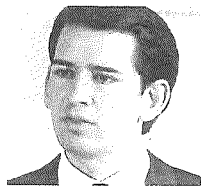
Wer Flüchtlingen helfen will, sollte dies vor Ort tun – so die populäre Forderung von ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz. Sie scheint in jeder Hinsicht wünschenswert; politisch und moralisch, administrativ und menschlich.

Mit Hilfe vor Ort, so scheint es, würde man gleichzeitig zwei konträren Sichtweisen auf die Flüchtlingsproblematik gerecht werden: einerseits dem Schutz der Vertriebenen – wenn

sie „vor Ort“ versorgt sind, müssen sie nicht den gefährlichen Fluchtweg auf sich nehmen; andererseits dem Schutz eigener Interessen – wenn sie „vor Ort“ versorgt sind, muss man sich nicht hier um sie kümmern. Wie viel hilft Österreich aber wirklich?

Wie sehr hilft Österreich Flüchtlingen im Ausland?

Auf diese einfache Frage gibt es nur eine unzureichende Antwort. Grund dafür ist die fehlende Transparenz in diesem Bereich, das zeigt etwa auch ein aktuelles Beispiel: In einer Aus-



ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz will Flüchtlingshilfe „vor Ort“. Sein System sei wenig transparent, kritisieren Fachleute

sendung vom 6. Dezember lässt Kurz verlautbaren: „Österreich hat 2016 bereits rund 40 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für Binnenvertriebene in Syrien sowie für syrische Flüchtlinge in der Region geleistet.“

Wohin aber diese 40 Millionen fließen werden, wo sie ankamen und von wem sie zur Verfügung gestellt wurden, das sei nur mit sehr viel Mühe und auch dann nur mangelhaft nachvollziehbar, kritisiert Annelies Vilim, Geschäftsführerin von Globale Verantwortung, der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe von 33 österreichischen NGOs, darunter auch großer Player wie Rotes Kreuz und Caritas. „Hier würden wir uns wünschen, dass mehr Informationen zur Verfügung gestellt werden.“

Auf die Falter-Anfrage um die Aufschlüsselung für die 40 Millionen schickt das Außenministerium nur eine grobe Aufstellung: „Knapp acht Millionen Euro für Binnenvertriebene in Syrien (davon 5,9 Millionen für Nahrungsmittelhilfe), zwei Millionen Euro für Binnenvertriebene im Irak, knapp 30 Millionen Euro für die regionale Flüchtlingshilfe (inkl. Flüchtlingshilfe für Griechenland und des Beitrags zur EU-Türkei-Flüchtlingsfazilität).“ Wer konkret die Gelder bekommt, wann und für welche Projekte, das erläutert das Ministerium nicht.

Na gut, was weiß man denn?

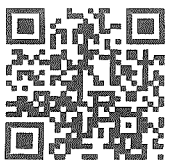
Man weiß, dass Österreich dem World Food Program heuer 5,9 Millionen Euro zur Verfügung stellte. Man weiß, dass sich die Gelder der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ADA), die zum Außenministerium gehört, bis zum Jahr 2021 von 75 Millionen auf 154 Millionen verdoppeln sollen. Man weiß auch, dass der Auslandskatastrophenfonds, der in der ADA angesiedelt ist, heuer über 20 Millionen verfügt, das ist viermal so viel wie im Vorjahr. „All dies begrüßen die NGOs“, sagt Walter Hajek, Leiter der Internationalen Zusammenarbeit des Österreichischen Roten Kreuzes.

Die Erhöhung der Mittel für die ADA bedeuten aber in Summe recht wenig, auch weil der Großteil der Gelder für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit nicht aus der ADA kommen, sondern aus dem Finanzministerium oder Innenministerium. Insgesamt gab Österreich im Vorjahr 1,2 Milliarden Euro für Entwicklungszusammenarbeit aus, das sind 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit nur die Hälfte des selbstgesetzten, seit Jahrzehnten unerreichten UN-Ziels von 0,7 Prozent des BIP.

Auch diese Summe würde nicht ohne die Einberechnung von Ausgaben zustande kommen, die auf den ersten Blick nichts mit Entwicklungshilfe zu tun haben – zum Teil Kosten für Flüchtlinge, die in Österreich sind. „Diese Anrechnungsweise führt zum Ergebnis, dass ein Drittel der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Wahrheit in Österreich ausgegeben werden“, sagt Hajek. „Somit ist Österreich selbst das wichtigste Empfängerland der eigenen Entwicklungshilfe.“



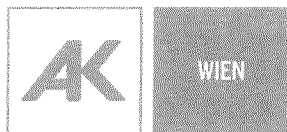
WER SORGT FÜR GERECHTIGKEIT?



FRAG UNS.

Die AK App mit dem Lexikon des Arbeitsrechts, mit Bankenrechner, Brutto-Netto-Rechner, Zeitspeicher, Urlaubsplaner, AK-Cartoons und mehr. Kostenlos erhältlich im App Store und Google play.

apps.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

De

Der Bau

BERICHT:

Auf d... an... den Würstelstär... ren Stirnse... Lettern: „M... zwei Meter... das: „Mein... Ein ähnl... Kunden der... Geldinstitu... Rund 20.00... Monat ein... Ihre Hausb... nis nach ver... sich durch... genau aus... „werden wi... Das Brie... Telefone de... eins für Ko... liefen seith... Verhöhung... experte Tho... heiß von S... diese Umst... zeichnete, b... klage gegen... der Klage: D... genommen... rechnete Geb... urteilung rü... wird aber fr... erwartet.

Aber warum k... haupt ihren... Sie verdient... Und: Die Eig... Fonds Cerbe... Tree (40 Pr... Typen für La... gruppe sind... sondern ein... für einen K... Seit zehr... Investoren b... tätsschraub... Spekulation... verscherbel... schnelles G... ren eine Fin... in Milliarde... machte, Kre... und -rettun... Kreditinsti... lem, wenn r... tiert hat un... Seither re... Georg-Coch... Stallgeruch... britische Vo... Laden nich... den es mel... zept folgt ei... 2012 hat si... als 750 Mit... lanzen wur... käufe von T... Beteiligung... könig und l... sitzes, der C... ner Jugends... Nun köi... gentümer e...

...

...

...

...

...

FOTO: YOUTUBE